

-
-
-

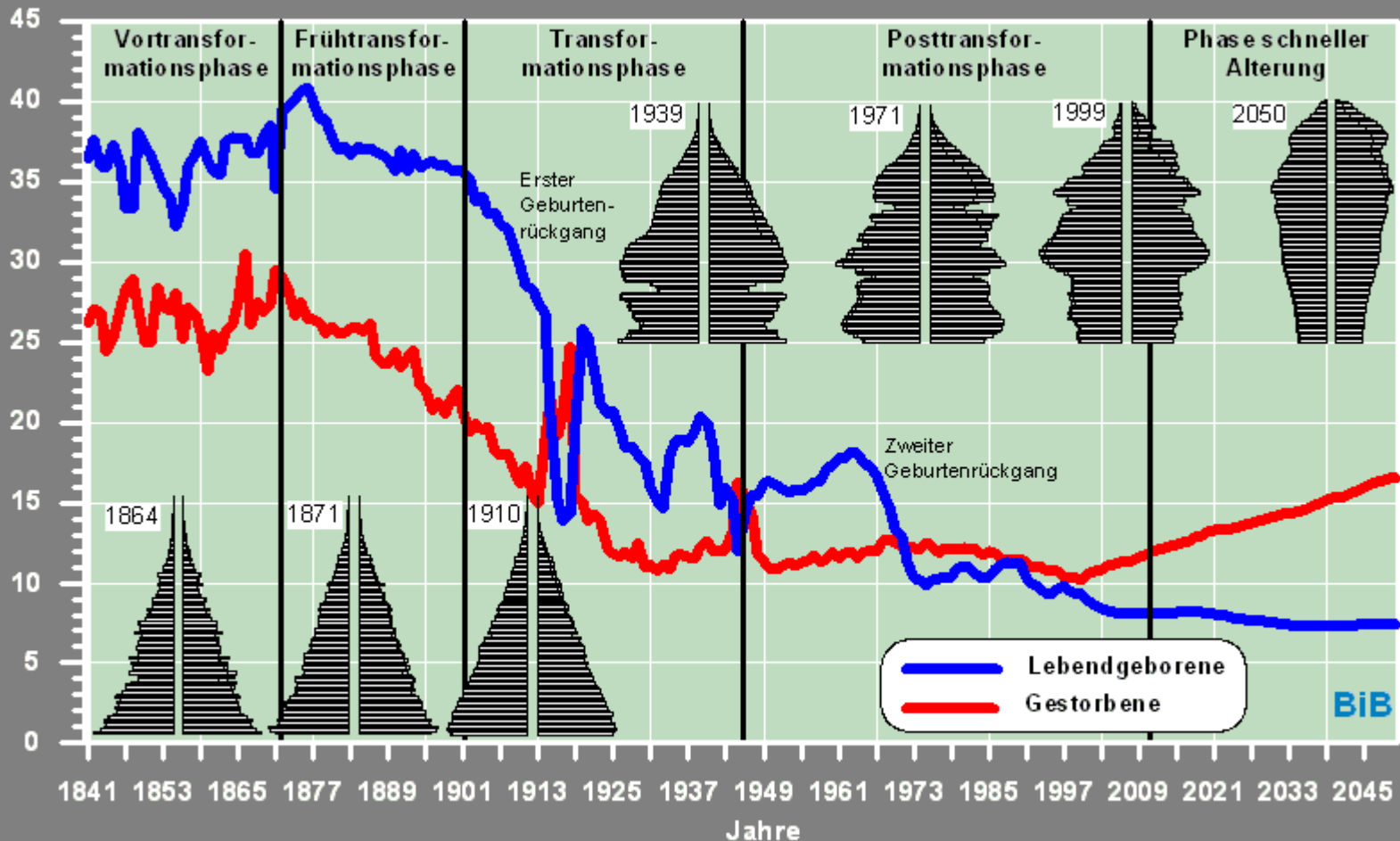
Demographische Prognosen für Deutschland und Europa – Bedeutung und Methoden

**Gert Hullen, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen
Bundesamt, Wiesbaden**

Akademie „Demographischer Wandel in Deutschland und Europa – Konsequenzen für Wirtschaft und Gesellschaft“
Studienförderwerk Klaus Murmann / Stiftung der Deutschen Wirtschaft, Stuttgart, 29. – 30. Mai. 2006

Historische Bevölkerungsentwicklung

je 1000 der Bevölkerung



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Graphische Darstellung: BiB

Die Bevölkerung schrumpft, altert, und sie wird heterogener

- Abnahme der Bevölkerung Deutschlands - seit 2002, nicht erst ab 2020!
- Erhöhung des Anteils der Älteren: Verdopplung des Anteils der über 60-Jährigen bis 2050 auf 40 Prozent
- Zunahme des Anteils derer, die selbst oder deren Eltern nicht in Deutschland geboren wurden: In den letzten Jahren jährlich rund 850000 Zuwanderer und 650000 Abwanderer.
- Anhaltende Abwanderung aus den neuen Ländern

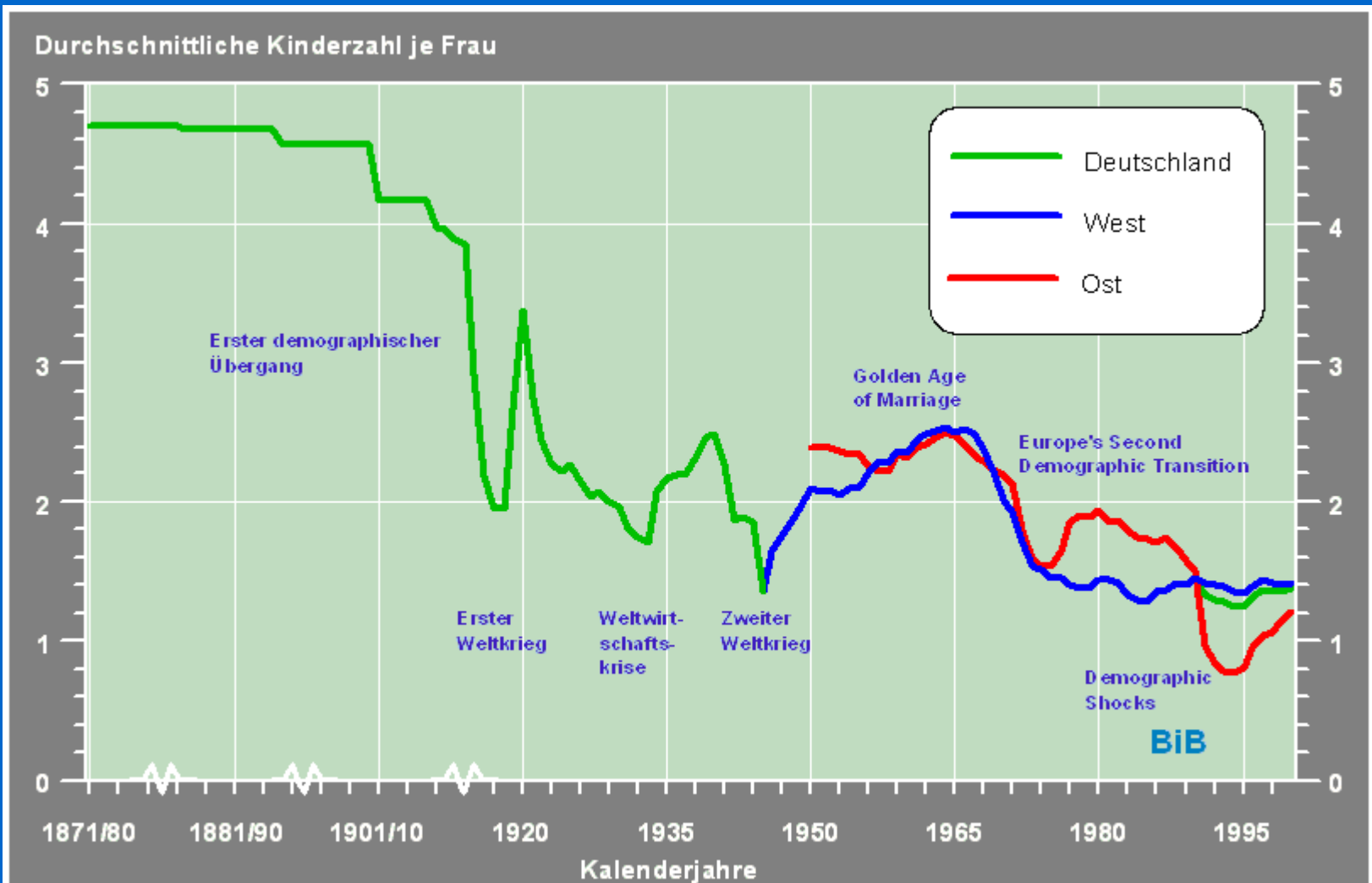
Verfahren der Bevölkerungsprognosen

- Zeitreihen-Extrapolation
- Kohorten-Komponenten-Ansatz mit Annahmen zur zukünftigen Fertilität, Mortalität und Migration
 - Setzung der Annahmen durch Expertenurteil
 - probabilistische Ermittlung der Annahmen
- Mikrosimulationen mit Monte-Carlo-Methode

•
•
•

Die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung

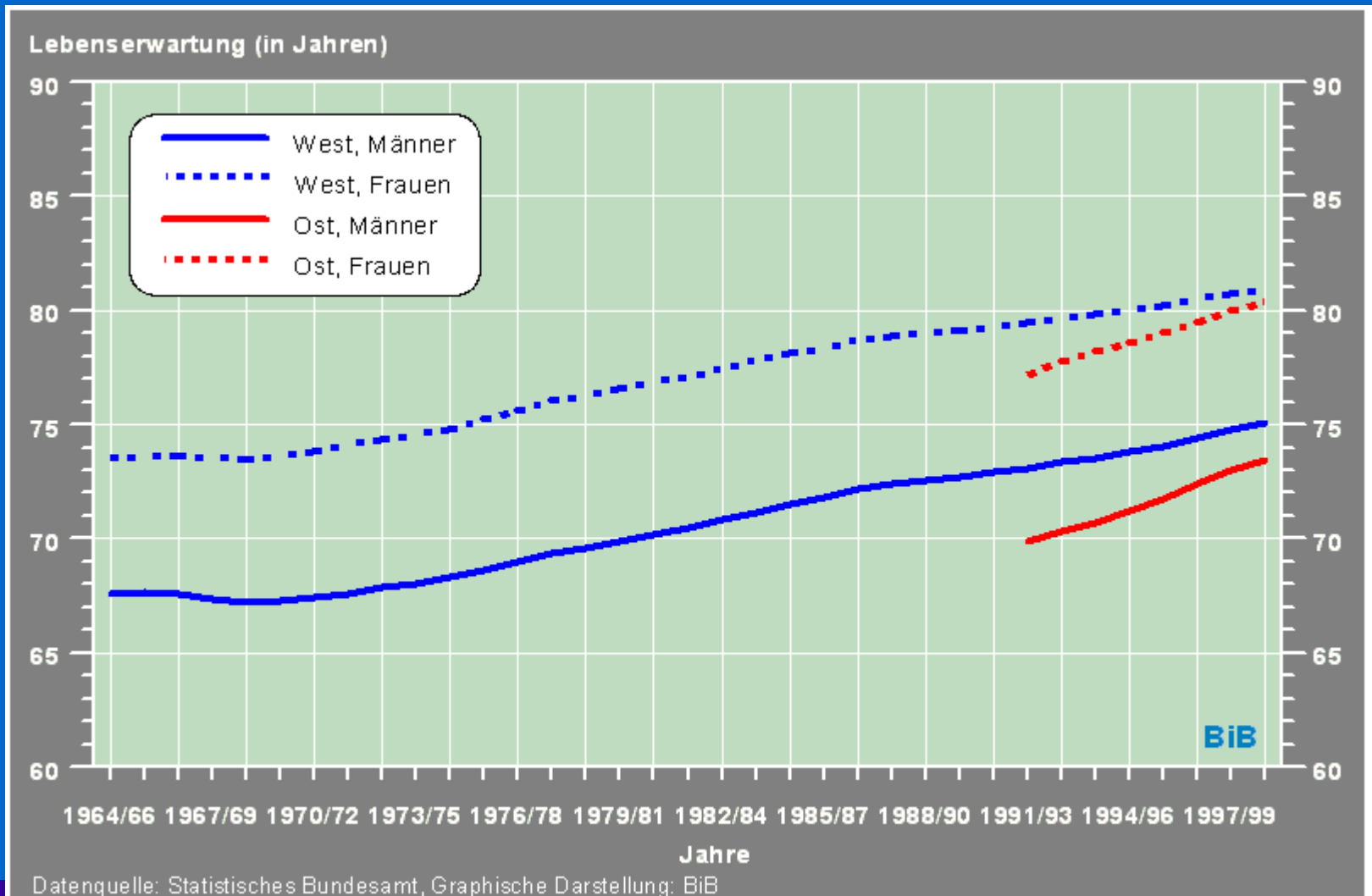
Perioden-Fertilität



Annahmen zur Fertilität

- Es wird unterstellt, dass die zusammengefasste Geburtenziffer auf dem heutigen Niveau von 1,4 Kindern pro Frau bleibt. Dieses im internationalen Vergleich sehr niedrige Niveau werde sie wohl nicht unterschreiten. Ein dauerhafter Anstieg wird ebensowenig für realistisch gehalten; in Diskussionen über eine höhere Fertilität wird neben familienpolitischen Maßnahmen ja auch ein grundsätzliches Umdenken zum Stellenwert von Kindern für nötig gehalten.

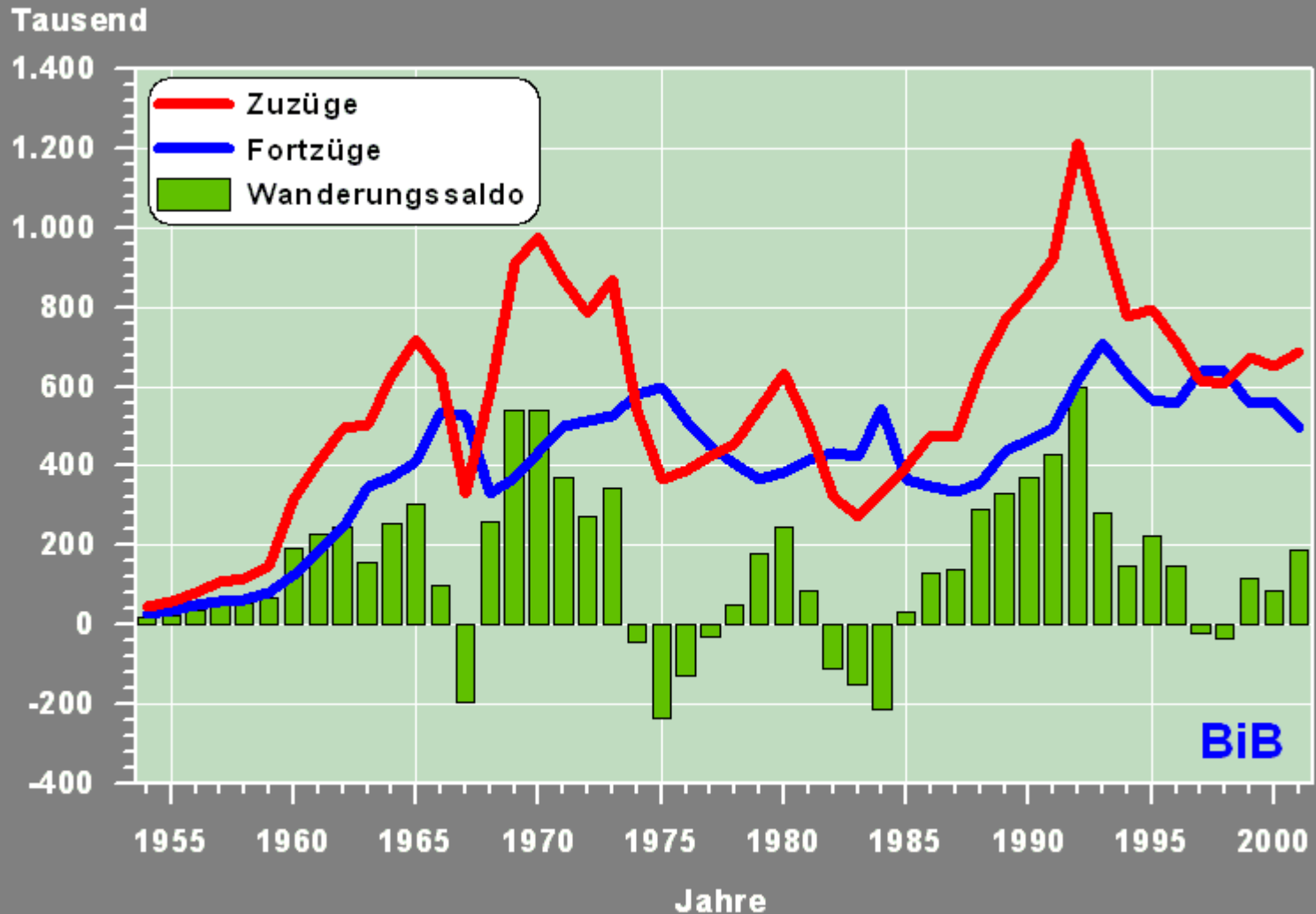
Mortalität – Lebenserwartung



Annahmen zur Mortalität

- Zur künftigen Entwicklung der Mortalität gibt es drei Annahmen: ein Absinken auf die international heute bereits erreichten niedrigsten Sterbewahrscheinlichkeiten (L1), eine Abnahme der Sterbewahrscheinlichkeit im Tempo der letzten dreißig Jahre (L3) und eine Abschwächung des Anstiegs der Lebenserwartung (L2). Die Lebenserwartung der Männer steigt unter diesen Annahmen bis zum Jahr 2050 von heute 74,8 Jahren auf 78,9 oder 81,1 oder 82,6 Jahre, die der Frauen von heute 80,8 auf 85,7 oder 86,6 oder 88,1 Jahre.

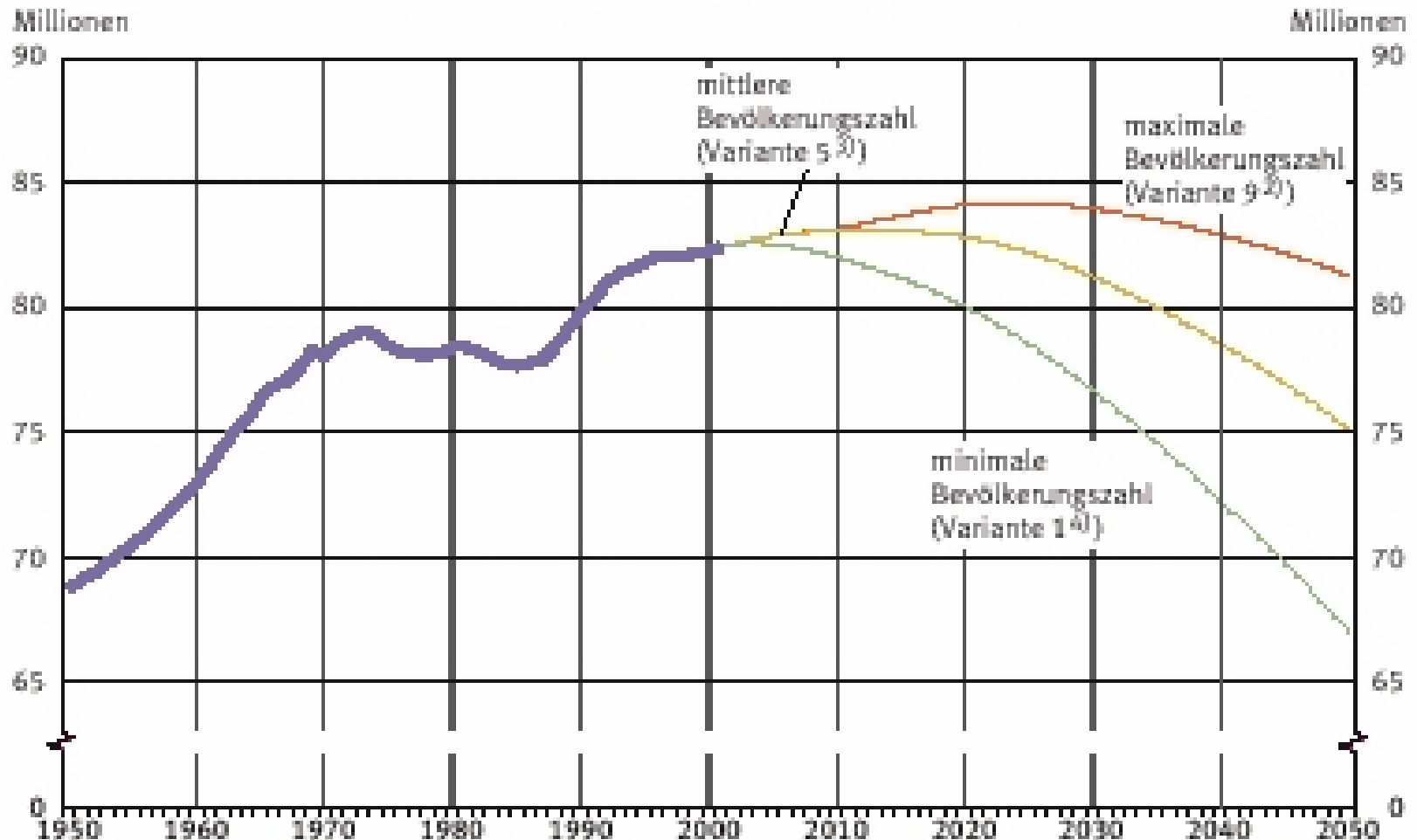
Migration



Annahmen zur Migration

- Bei den Wanderungen wird ein jährlicher Wanderungsüberschuss von 100 000 bis 200000 Personen für möglich gehalten (W1 und W2), was dem langjährigem Durchschnitt der Außenwanderungen von Ausländern entspricht, und aber auch eine Erhöhung auf jährlich 300000 ausländische Personen ab dem Jahr 2011 (W3). Mit der letzten Prognosevariante wird der häufig gehörten Erwartung nachgekommen, dass Deutschland zukünftig mehr Zuwanderung brauche. Bei der Zuwanderung von Deutschen, das sind die Spätaussiedler und ihre Familien, wird angenommen, dass sie von gegenwärtig jährlich 80000 Tausend stetig abnimmt, um im Jahr 2040 völlig zu verschwinden.

Entwicklung der Bevölkerungszahl in Deutschland¹⁾



1) Ab 2002 Schätzwerte der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (absolute Werte sind im Anhang A, Tabelle 11 aufgeführt). - 2) Variante 9: Hohe Wanderungsannahme W3 (jährlicher Saldo von mindestens 300 000) und hohe Lebenserwartungsannahme L2 (durchschnittliche Lebenserwartung 2050 bei 83 bzw. 88 Jahren). - 3) Variante 5: Mittlere Wanderungsannahme W2 (jährlicher Saldo von mindestens 200 000) und mittlere Lebenserwartungsannahme L2 (durchschnittliche Lebenserwartung 2050 bei 81 bzw. 87 Jahren). - 4) Variante 1: Niedrige Wanderungsannahme W1 (jährlicher Saldo von mindestens 100 000) und niedrige Lebenserwartungsannahme L1 (durchschnittliche Lebenserwartung 2050 bei 79 bzw. 86 Jahren).

Ergebnisse

- “Die mittlere Variante (Variante 5) ergibt für 2050 noch 75 Millionen Einwohner. Bei niedrigerer Zuwanderung (Variante 4) sinkt die Bevölkerung auf 68,5 Millionen, bei höherer Zuwanderung (Variante 6) dürfte sie 80 Millionen betragen. Die geringste Bevölkerungszahl ergibt sich bei Annahme geringer Wanderungen und geringer Erhöhung der Lebenserwartung mit 67 Millionen (Variante 1), die höchste bei hoher Wanderungs- und hoher Lebenserwartungsannahme mit 81 Millionen (Variante 9). Bei hoher Zuwanderung und hoher Lebenserwartung dürfte zeitweise auch eine etwas höhere Bevölkerungszahl als heute erreicht werden. Bei einem ausgeglichenen Wanderungssaldo und einer im Vergleich zu heute unveränderten Lebenserwartung würden hingegen im Jahr 2050 in Deutschland nur noch etwa 54 Millionen leben.” (Statistisches Bundesamt 2003, S. 29-30; Abb. 1)

Deutschland in der EU

Anders als in Deutschland sowie in Schweden und Griechenland gab es in den anderen Ländern der Europäischen Union im Jahr 2001 positive, sogar noch gestiegene natürliche Bevölkerungszuwächse.

- "Das natürliche Wachstum hat in der EU trotz leicht gesunkener Geburtenzahlen im Jahr 2001 generell zugenommen, vor allem wegen des Rückgangs der Zahl der Todesfälle in allen EU-Mitgliedsstaaten außer in Dänemark und Schweden, wo die Zahl der Todesfälle leicht steigt. Allerdings ist der natürliche Wachstumssaldo in Deutschland (-1,1 Promille), Schweden (-0,3 Promille) und Griechenland (-0,1 Promille) weiterhin negativ. Somit hätten diese drei Länder ohne positive Nettozuwanderung einen Rückgang ihrer Bevölkerung zu verzeichnen. Italien verzeichnet im Gegensatz zu den letzten Jahren einen positiven natürlichen Wachstumssaldo (+0,1 Promille), insbesondere aufgrund des starken Rückgangs der Todesfälle. Dieser Zuwachs ist auch in Irland stark ausgeprägt, wo das natürliche Wachstum, das höchste in der EU, nunmehr bei 7,3 Promille liegt (gegenüber 6,1 Promille im Jahr 2000), sowie in Spanien (1,4 Promille gegenüber 0,9 Promille) und in Frankreich (4,2 Promille gegenüber 4,0 Promille)." (Europäische Kommission / Eurostat 2002, S. 46)

Alterung

- Die um 40-Jährigen, geboren in den 60er Jahren, sind heute die stärksten Alterskohorten in Deutschland. Die jüngeren Kohorten fallen um so schwächer aus, je jünger sie sind. 2001 lag der “Altenquotient” bei 44, das heißt 100 Menschen im Alter von 20 bis 59 Jahren standen 44 Menschen im Alter von 60 Jahren und mehr gegenüber. Noch 1999 betrug dieser Quotient 41 und 1995 37. Den Modellrechnungen zufolge ist ein weiterer rasanter Anstieg zu erwarten:
- “Die langfristige Betrachtung zeigt einen weiteren erheblichen Anstieg des Altenquotienten. Nach der mittleren Variante der Vorausberechnung (Variante 5) würde der Altenquotient bis 2030 auf 71 empor schnellen und bis 2050 weiter bis auf 78 steigen.”
(Statistisches Bundesamt 2003, S. 33)

Alterung der Erwerbsbevölkerung

- So wie die gesamte Bevölkerung "altert" auch die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, d.h. dass es mehr ältere Arbeitnehmer geben wird als jüngere. Daran knüpfen sich Erwartungen eines künftigen Arbeitskräftemangels (Fuchs 1999), eines Rückgangs der Arbeitslosigkeit und notwendiger Veränderungen der Betriebsstrukturen (Deutscher Bundestag 2002: Enquete-Kommission "Demographischer Wandel").

Vereinzelung

- Im "golden age of marriage" der Nachkriegsjahrzehnte gingen um neunzig Prozent eine Ehe ein, heute dagegen **weniger als drei Viertel der Frauen und zwei Drittel der Männer**. Das Erstheiratsalter stieg bei den Männern auf 31 Jahre, bei den Frauen auf 28 Jahre. Die Zahl von 19 Millionen Ehen (= 38 Millionen Verheiratete) wird sinken, der Anteil der Unverheirateten an der Bevölkerung steigen. Dies wird nicht ausgeglichen durch die nichtehelichen Lebensgemeinschaften, auch wenn ihre Zahl auf 2,1 Millionen, davon 29,5 Prozent mit Kindern, gestiegen ist.

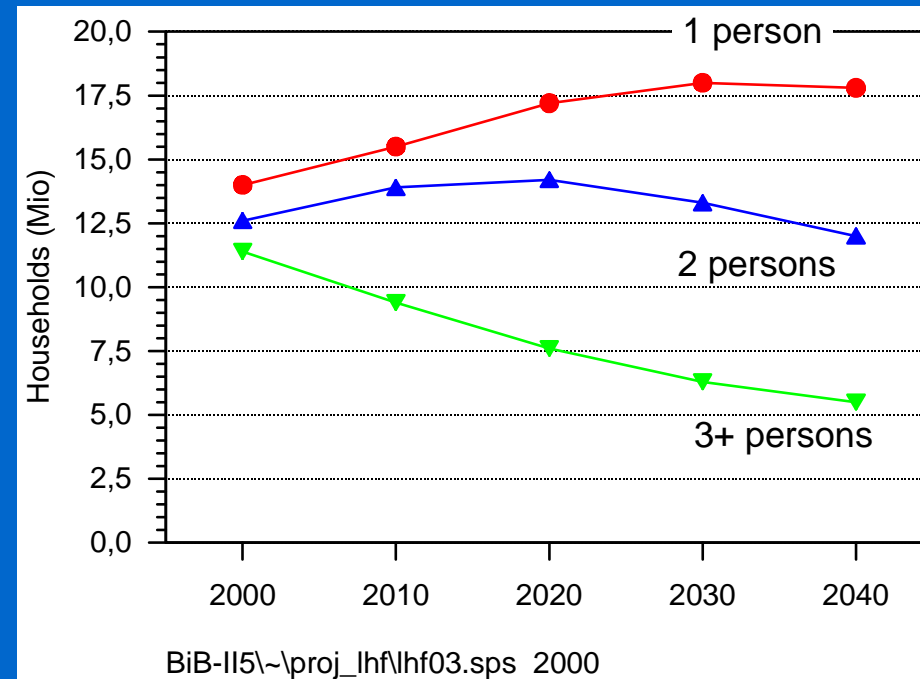
Haushaltsprognose

Jahr	Bevölkerung (Mio)			Haushalte (Mio.)			Haushaltsgröße		
	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt
2004	65,3	17,4	82,7	30,7	8,4	39,1	2,12	2,08	2,11
2010	65,2	17,0	82,2	30,9	8,8	39,7	2,11	1,94	2,07
2015	64,9	16,8	81,6	31,7	8,9	40,6	2,05	1,89	2,01
2020	64,3	16,5	80,8	32,1	8,9	41,0	2,00	1,85	1,97
2025	63,5	16,1	79,6	32,2	8,9	41,1	1,97	1,80	1,93
2030	62,3	15,7	78,0	32,0	9,0	41,0	1,95	1,75	1,90

West: Alte Bundesländer ohne Berlin; Ost: Neue Bundesländer und Berlin

Mehr Ein-Personen-Haushalte

- Im Jahr 1900 lebten gerade einmal 1,3 Prozent der Bevölkerung des Deutschen Reiches alleine. Ihre Haushalte machten 6,2 Prozent aller Haushalte aus. 1950 waren es im damaligen Bundesgebiet 6,5 Prozent der Bevölkerung in 19,4 Prozent der Haushalte, 1970 9,3 Prozent der Bevölkerung in 25,1 Prozent der Haushalte, und 1990 14,8 Prozent der Bevölkerung in 33,6 Prozent der Haushalte.
- Modellrechnungen ergeben, dass im Jahr 2040 jeder zweite Haushalt von nur einer Person bewohnt werden wird (Hullen 2003; Abb. 2). Der Anteil der Zwei-Personen-Haushalte wird, bedingt durch die Bevölkerungsstruktur, in den nächsten zwei Jahrzehnten, ebenfalls noch wachsen (36 Prozent), danach aber auf unter dreißig Prozent abnehmen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße wird auf unter zwei Personen zurückgehen - eine Größe, die übrigens heute schon in vielen Städten die Norm ist.



Ethnische und kulturelle Pluralität

- In den oben dargestellten Bevölkerungsvorausrechnungen wurde eine jährliche Nettomigration zwischen 100 und 300 Tausend angenommen. Ein Zuwachs der gesamten Bevölkerung von jährlich um 0,3 Prozent braucht erst einmal als nicht besorgniserregend zu gelten, je nach Sichtweise sogar als notwendig oder als unausweichlich. Andererseits gibt es eine deutliche Veränderung der Bevölkerungsstruktur, da die residente Bevölkerung ja schrumpft.
- Dem Bielefelder Demographen Herwig Birg zufolge wird der Anteil der Zugewanderten, worunter er die im Jahr 1998 als Ausländer registrierte Bevölkerung und ihre Nachkommen versteht, von 1998 bis 2030 von 9,0% auf 19,6% und bis 2050 auf 27,9% zunehmen (Birg 2003, S. 13). Die Berechnung berücksichtigte nicht, dass ein zunehmender Anteil der Personen mit Migrationshintergrund die deutsche Staatsangehörigkeit hat.

Regionale Disparitäten - die Ost-West-Wanderung

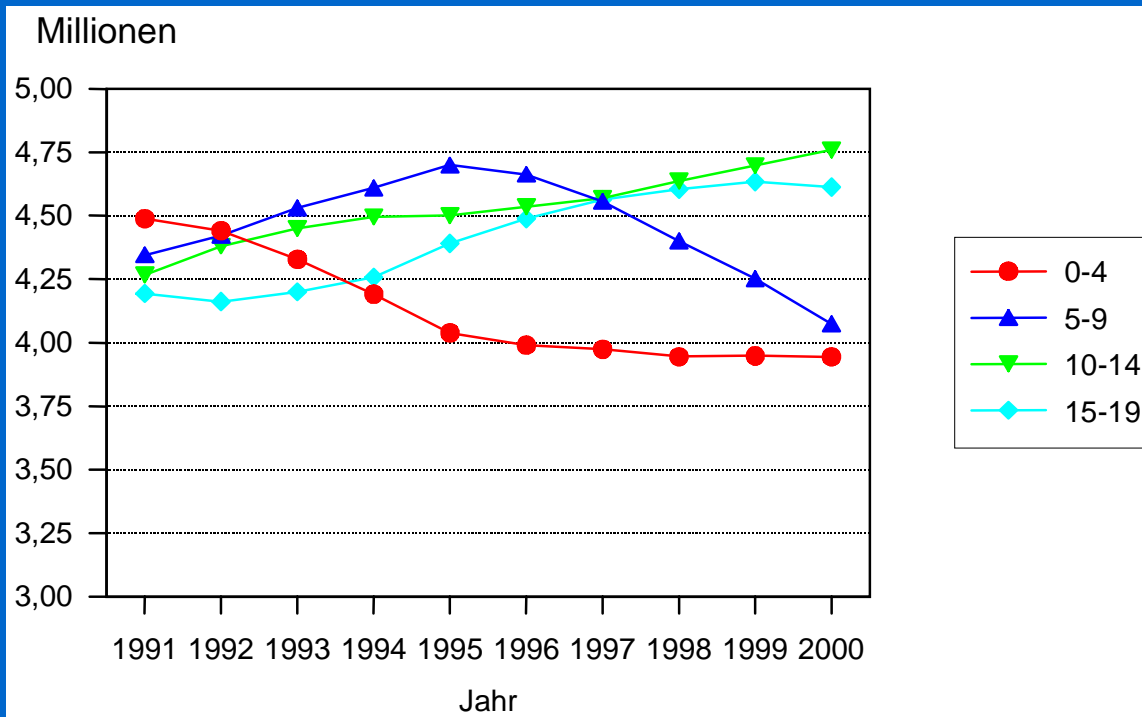
- Entgegen den Erwartungen bzw. entgegen den Hoffnungen hat sich die Ost-West-Wanderung wieder verstärkt. Besonders die Kernstädte der Verdichtungsräume verlieren an Einwohnern, teils an das Umland, vor allem aber an die westlichen Bundesländer. Eine rare Ausnahme ist das Umfeld Berlins. Hatten die neuen Länder 1997 gerade einmal 10 000 Personen verloren, verzehnfachte sich der Wanderungssaldo bis zum Jahr 2001 auf nahezu 100 000 Personen (Mäding 2003; Abb. 4).
- Vor allem die Jüngeren verließen die neuen Länder. Einer Befragung von Männern und Frauen zufolge, die aus dem Freistaat Sachsen weggezogen waren, war jede/r Zweite jünger als 30 Jahre. Der Hauptgrund des Fortzugs (40 Prozent) war eindeutig Arbeitsaufnahme oder Fortsetzung einer Tätigkeit am Zielort.

Lebendgeborene

Jahr	Total
1960	1261614
1970	1047737
1980	865789
1990	905675
2000	766999
2001	734475
2002	719250
2003	706721
2004	705622

- Die Zahl der jährlich Lebendgeborenen (im heutigen Gebiet der Bundesrepublik Deutschland) ist von über 1,3 Millionen in der Zeit des Baby-Booms der frühen 60er Jahre auf inzwischen unter 700 Tausend gesunken. Der Rückgang wurde und wird weiterhin verursacht durch eine geringere durchschnittliche Kinderzahl und die abnehmende Zahl der Frauen im fertilen Alter. Die 1930 geborenen Frauen hatten durchschnittlich 2,18 Lebendgeborene, Frauen des Geburtsjahres 1960 aber nur noch 1,65. Die Kohortenfertilität dürfte mittlerweile noch weiter auf unter 1,5 gesunken sein (Geburtsjahrgang 1967 1,46), und sie gleicht sich damit der so genannten Periodenfertilität an, die in Westdeutschland ja seit drei Jahrzehnten ziemlich unverändert um 1,3 liegt.

Kohortenvergleich



Während die Kohorten der jüngsten Kinder schon seit zehn Jahren immer schmäler wurden - die fünf Jahrgänge der unter Fünfjährigen nahmen von 4,5 auf unter vier Millionen ab -, ist die Gesamtzahl der Fünf- bis unter Neunjährigen erst ab der Mitte des letzten Jahrzehnts gesunken. Die über Zehnjährigen haben in diesem Zeitraum noch zugenommen als Momentum des Babybooms.

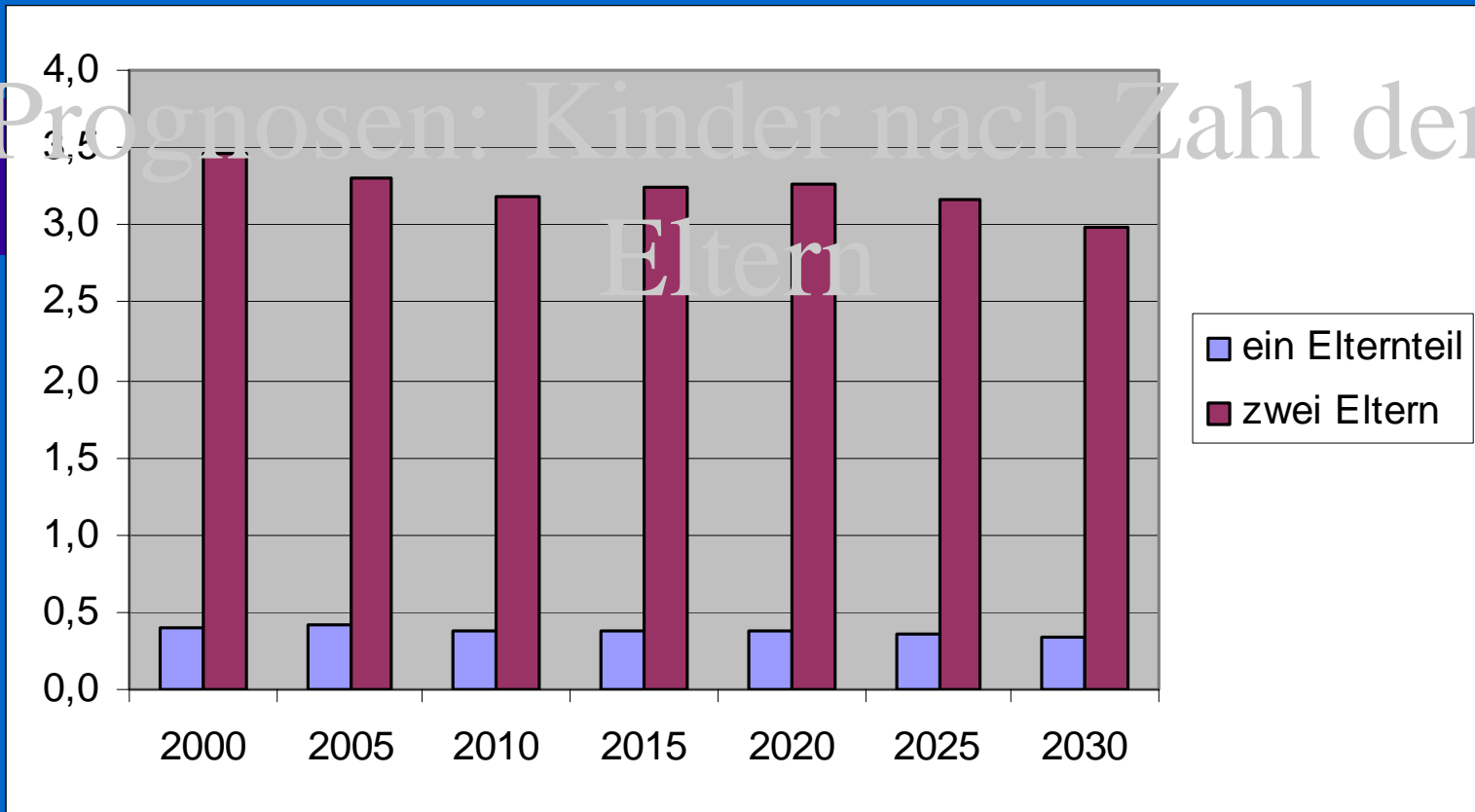
Zusammenleben mit Eltern

- Weitaus die meisten Kinder wachsen mit ihren verheirateten Eltern auf (im Jahr 2002 83 Prozent der 12,7 Mill. minderjährigen Kinder im früheren Bundesgebiet). Eine kleinere, allerdings in den letzten Jahrzehnten gewachsene Gruppe (vier Prozent) hat Eltern, die unverheiratet zusammen wohnen. Eine weitere Gruppe der Kinder (13 Prozent) wohnt mit nur einem Elternteil zusammen, am häufigsten mit der Mutter.
- In den neuen Ländern und Berlin-Ost wurden dagegen zwei von drei (66%) der 2,4 Mill. minderjährigen Kindern bei verheirateten Eltern groß. Jedes siebte Kind (14%) wohnte bei einer Lebensgemeinschaft, jedes fünfte Kind (20%) bei einer allein erziehenden Mutter oder einem allein erziehenden Vater (Statistisches Bundesamt 2003: 33).

Zusammenleben mit Geschwistern

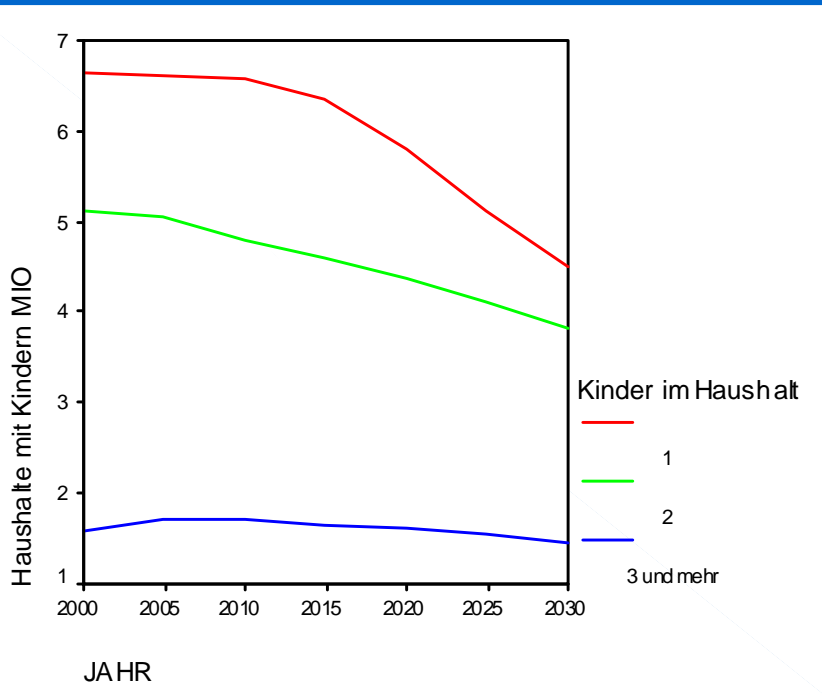
Ungefähr jedes zweite Kind wächst mit einem Geschwister auf, jedes vierte mit mehr als einem Geschwister. Geschwisterlos waren in den 90er Jahren 26 Prozent in Westdeutschland und 27 Prozent in Ostdeutschland (Nauck 1995: 144). War die Mutter bei der Geburt des ersten Kindes jünger, sind weitere Geburten verständlicherweise häufiger, d.h. Geschwisterlosigkeit ist seltener. Höhere bzw. längere Bildung der Frau und die bei einem höheren Berufsniveau gegebenen besseren Einkommenschancen, die bekanntlich einen negativen Einfluss auf die Geburt eines ersten Kindes haben, wirken sich für weitere Kinder nicht negativ aus (Klein 1995b: 131; Hullen 1998).

Prognosen: Kinder nach Zahl der Eltern



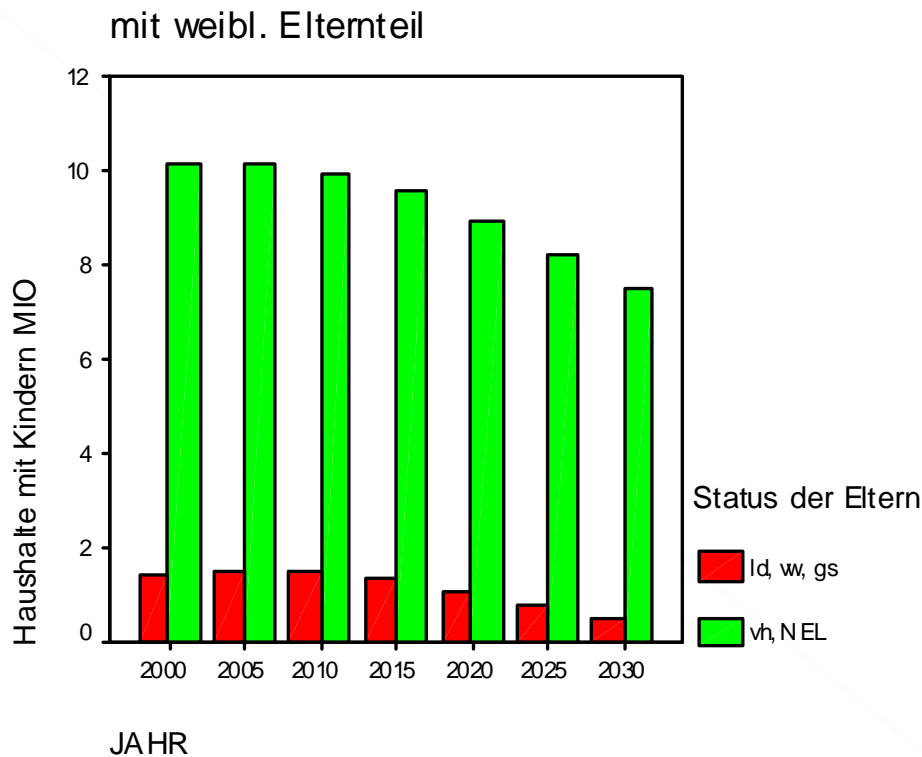
Mit zunehmendem Alter der Kinder sinkt verständlicherweise der Anteil der Kinder, die mit zwei Eltern zusammen leben, von rund 90 Prozent auf unter 80 Prozent. Gleichzeitig, aber nicht im gleichen Maße, steigt der Anteil der Kinder mit einem Elternteil. Während des Projektionszeitraums verändern sich die Anteile nur unwesentlich. Auffällig ist höchstens ein leichter Anstieg des Anteils der über 10-Jährigen bei Alleinerziehenden auf knapp 20 Prozent. Diese, ab 2015 dann wieder abschmelzende Erhöhung ist wohl gemerkt auf die zugrunde gelegten Annahmen einer in ganz Deutschland wieder zu erreichenden zusammengefassten Geburtenziffer von 1,4 bei gleichem Partnerschaftsverhalten zurückzuführen.

Prognose: Haushalte nach Kinderzahl



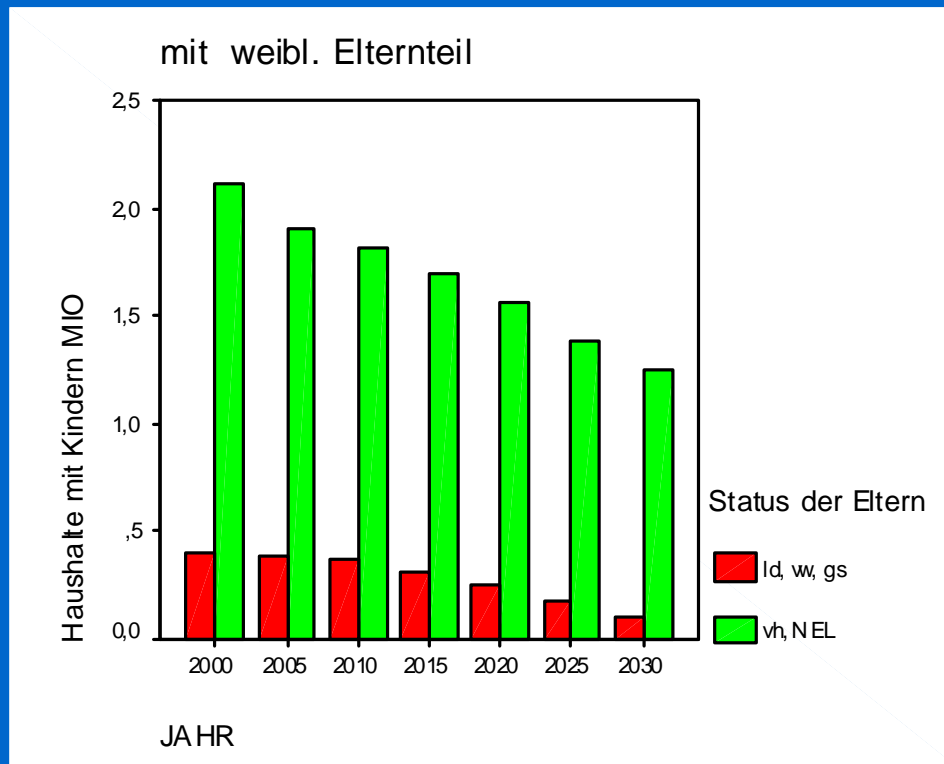
- Zur Zeit gibt es rund 6,6 Millionen Haushalte mit genau einem Kind. Dies könnte bis 2030 auf 4,5 Millionen sinken. Die Zahl der Haushalte mit zwei Kindern könnte von 5,1 auf unter vier Millionen sinken, während die Zahl der Haushalte mit drei und mehr Kindern bei eineinhalb Millionen bleibt.
- Szenarien mit einer geringeren Kinderlosigkeit würden bei einer gleichen Geburtenhäufigkeit natürlich zu einer geringeren Abnahme der Ein-Kind-Haushalte kommen.

Prognose: Haushalte mit Kindern nach Status der Frau/Mutter



- Die Zahl der Haushalte, in denen Frauen mit Partnern und mit Kindern zusammenwohnen, geht von gegenwärtig zehn Millionen auf 7,5 Millionen zurück. Verglichen mit den Männern gibt es mehr allein erziehende Frauen. Ihre Zahl geht allerdings auch zurück, und zwar von 1,4 Millionen auf rund 0,5 Millionen.

Zum Vergleich: Haushalte mit Kindern nach Status der Frau/Mutter in den neuen Ländern



Politische Bewertung I

- Birg 1989: Die demographische Zeitenwende
- Birg 1999: Ein zweifaches Tabu – Deutschland braucht Bevölkerungspolitik und ein Einwanderungsgesetz.
- Birg 1999: Rente im 21. Jahrhundert – Wer zahlt die Zeche?
- Birg 2000: 188 Millionen Einwanderer zum Ausgleich?
- Birg 2000: Wann werden die Deutschen aussterben?
- Birg 2001: „Wie im Dreißigjährigen Krieg“ - Ahnungslosigkeit und Desinteresse an den Demografie-Prognosen wirft Herwig Birg, Direktor des Instituts für Bevölkerungsforschung an der Universität Bielefeld, den ostdeutschen Landesregierungen vor. Um mit der Landflucht fertig zu werden, seien Phantasie und Energie gefragt.
- Birg 2002: Bevölkerungswissenschaftler Birg: Wir brauchen ein anderes Zuwanderungsgesetz.
- Birg 2003: Migrationsdiskurse in Deutschland zwischen Politik, Propaganda und Wissenschaft.
- Birg 2003: Dynamik der demographischen Alterung, Bevölkerungsschrumpfung und Zuwanderung in Deutschland.

Politische Bewertung II

- „1. Die angekündigten Verschiebungen in der Altersstruktur setzen lediglich eine Tendenz fort, die bereits vor über einem Jahrhundert begonnen hat, ohne dass dies in der Vergangenheit zu einer Belastung der Sozialsysteme geführt hätte - diese wurden im Gegenteil noch weiter ausgebaut.
2. Wenn man berücksichtigt, dass nicht nur Alte, sondern auch Kinder und Jugendliche ernährt und versorgt werden müssen, relativiert sich die Bedeutung des Alten- zu Gunsten des Gesamtquotienten.
3. Übersehen wird, dass durch eine Reduktion der Arbeitslosigkeit ökonomische Ressourcen zur Versorgung Älterer freigesetzt werden können
4. Weiterhin wird oft außer Acht gelassen, dass bei zusätzlichem Arbeitskräftebedarf durch eine Erhöhung des Renteneintrittsalters - immerhin wird mit einer 6-jährigen Verlängerung des Lebens gerechnet - weitere Kapazitäten aktivierbar sind.
5. Da der Produktivitätsfortschritt in den Debatten ausgeklammert wird, übersieht man das enorme ökonomische Potenzial, das auch in Zukunft bereit stehen wird. Damit lässt sich eine größere Zahl älterer Menschen versorgen - Voraussetzung ist allerdings, dass die Arbeitnehmer anteilig vom Wachstum der Arbeitsproduktivität profitieren.“ (Bingler, Bosbach 2004, S. 725)

Politikberatung zum Demographischen Wandel

- "In Deutschland ist seit Beginn der 70er Jahre trotz gewisser historischen Belastungen zumindest in der Bevölkerungswissenschaft bekannt, dass das Land in den nächsten Jahrzehnten vor allem in den sozialen Sicherungssystemen großen Anpassungsbedarf zu erwarten hat. Trotz dieser umfassenden Kenntnislage befasste man sich jedoch in den letzten 30 Jahren auf der bundespolitischen Ebene nie wirklich und nachhaltig mit diesen Fragen, wodurch es in der Konsequenz auch nie zu umsetzungsrelevanten Maßnahmen gekommen ist. Die Politik ist vielmehr über die Phase der Analyse nie hinaus gekommen. " (Eichhorst, Wintermann 2006, S. 231-232)

Kommissionsberichte

- zwei Bevölkerungsberichte des Bundesministeriums des Innern aus den Jahren 1980 und 1984,
- Zwischenberichte der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zum demographischen Wandel aus den Jahren 1994 und 1998
- Endbericht aus dem Jahr 2002

- Enquete-Kommission Demographischer Wandel: allein in der 12. und 13. Legislaturperiode 50 Kommissions-sitzungen und 143 Arbeitsgruppensitzungen, 1511 Seiten Gutachtentext (Eichhorst, Wintermann 2006, S. 232-233)

weitere Kommissionen

partei- oder verwaltungsnahe Kommissionen:

- "Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme" (BMGS, 2002)
- "Herzog-Kommission Soziale Sicherheit" (CDU, 2003)
- "Bürgerversicherung" (SPD, 2004)

- Enquete-Kommissionen zum demographischen Wandel der Landtage und Regierungen von Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Sachsen
- landespolitische Aktionspläne: Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Schleswig-Holstein (Eichhorst, Wintermann 2006, S. 233)

Ergebnisse?

- "Andererseits ist nach Veröffentlichung des ersten Endberichts im Jahre 2002 als einzige konkrete Maßnahme die (Wieder-)Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors in der Gesetzlichen Rentenversicherung zu erkennen. Auf der Zielebene fand das demographische Thema bisher in den Koalitionsverträgen der rot-grünen und der CDU/CSU-SPD-Koalition in den Jahren 2002 und 2005 Wiederhall. Während im rot-grünen Koalitionsvertrag nur mit Hinweis auf die gesellschaftliche Position Älterer auf die Demographie Bezug genommen wurde, finden sich im Koalitionsvertrag der großen Koalition nunmehr 24 Fundstellen, die zudem themenübergreifend explizit auf den demographischen Wandel Bezug nehmen." (Eichhorst, Wintermann 2006, S. 233-234)

Politikberatung im Ausland

"Zu nennen sind hier als institutionelle Lösungsansätze

- die israelische Kommission für zukünftige Generationen,
- die Kommission für die Zukunft in Finnland und
- der ungarische Ombudsman für zukünftige Generationen.

Gesamtpolitische Strategien, die mehr den Querschnittscharakter demographisch relevanter Politik betonen, gibt es in Kanada, Korea, Schweden und Australien. Schließlich sind politikfeldspezifische Maßnahmen, die vor allem das Rentensystem adressieren, in Spanien und Finnland vorzufinden."
(Eichhorst, Wintermann 2006, S. 232)

Ausblick: Hoffnungen und Erwartungen der Demographen

- "The chances are that the sum of national choices, with guidance from international organizations and the opinions of the world community, will not allow much global deviation from replacement fertility. This restrained population change will probably be the result of ideologies aiming at this end, giving strong support to raising fertility by the kinds of measures listed above, almost regardless of cost in an admittedly richer world, or, if lower fertility is needed, by withdrawing or modifying some of these measures. The result could be an oscillating world population, because remedial ideologies and measures would lag in time, perhaps ranging as much as a billion or even 2 billion either way from the long-term trend line. The long term trend could be level at 8 to 10 billion." (Caldwell 2004, S. 313)

Die Bedeutung der Familienpolitik

vgl. Rüdiger Soldt: Leise Revolutionen - Die Familienpolitik der Volksparteien ändert sich. In: FAZ v. 21.10.2004.

Literatur

- Bundesregierung; Bundesminister des Innern (Hrsg.): Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. 1. Teil: Analyse der bisherigen Bevölkerungsentwicklung und Modellrechnungen zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung. Bonn 1980. (= Drs. 8/4437, 8.8.1980)
- Bundesregierung; Bundesminister des Innern (Hrsg.): Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. 2. Teil: Auswirkungen auf die verschiedenen Bereiche von Staat und Gesellschaft. Bonn 1984. (= Drs. 10/863, 5.1.1984)
- Deutscher Bundestag (Hrsg.): Zwischenbericht der Enquete-Kommission Demographischer Wandel. Herausforderung unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik. Bonn (Deutscher Bundestag) 1994. (= Zur Sache; 94,4)
- Deutscher Bundestag (Hrsg.): Demographischer Wandel. Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission "Demographischer Wandel" - Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik. Bonn 1998. (= Zur Sache 8/98)
- Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode: Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission 'Demographischer Wandel - Herausforderung unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik'. Drucksache 13/11460
- Deutscher Bundestag (Hrsg.): Demographischer Wandel - Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik. Endbericht der Enquete-Kommission "Demographischer Wandel". Heidelberg (Decker's Verlag) 2002.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.): Zwischenbericht der Enquete-Kommission Demographischer Wandel - Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik. Bonn (Bt-Drs 12/7876 v. 14.6.94) 1994.
- Eichhorst, Werner; Wintermann, Ole: Wie kann wissenschaftliche Politikberatung zu besserer Politik beitragen? Arbeitsmarktreform und demographischer Wandel. In: Wirtschaftsdienst, Jg. 2006, H. 4, S. 228-235.
- Enquete-Kommission Demographischer Wandel (Hrsg.): Zwischenbericht der Enquete-Kommission Demographischer Wandel. Herausforderung unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik. Bonn 1994.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. Presseexemplar Wiesbaden; http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2003/Bevoelkerung_2050.pdf 2003.